



Rede

ZUKUNFTSREFERAT

24. Ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in
Nürnberg

Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall

9. Oktober 2019

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir leben in bewegten Zeiten. Wir befinden uns in einer spannenden und sehr widersprüchlichen Phase unserer Geschichte.

Wir Metallerinnen und Metaller haben gute Jahre hinter uns. Klar, nicht jeder von uns gleichermaßen, aber im Großen und Ganzen gilt: Viele Jahre wirtschaftliches Wachstums, steigende Beschäftigung, gute Tarifabschlüsse und auch der ein oder andere politische Fortschritt.

Hinter uns liegen zehn Jahre nahezu ununterbrochenen Wachstums. Und zählte etwa die Metall- und Elektroindustrie 2009 3,6 Millionen Beschäftigte, sind es heute über 4 Millionen.

Insgesamt arbeiten heute in den Branchen, die die IG Metall vertritt, 8 Millionen Menschen. Das ist jeder vierte Beschäftigte in Deutschland. Eure Kollegen und Kolleginnen erarbeiten knapp ein Drittel der gesamten Wertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft. Damit prägen wir die gesellschaftliche Entwicklung ganz wesentlich – in guten Zeiten. Und wir werden das auch in Zeiten des rasanten Wandels tun.

Es wird in den nächsten Jahren viel auf uns zukommen. Was das bedeutet und was das von uns verlangt, steht diese Woche im Mittelpunkt. Miteinander für Morgen – solidarisch und gerecht: Darum geht es hier in Nürnberg. Schauen wir auf den globalen Kapitalismus. Unsere Welt kennt nur noch ein Grundmuster: die kapitalistische Wirtschaftsweise.

Die Weltmacht China löst tektonische Verschiebungen des internationalen Machtgefüges aus. Faktisch geht es um das Ende der Doktrin des freien Welthandels. Mit Trump und Co. scheint sich die Politik wieder das Primat über den freien Weltmarkt erkämpfen zu haben. Aber nicht eine Politik des fairen Handels, sondern eine reaktionäre Politik der Abschottung und der nationalen Egoismen wird derzeit verfolgt. Diese Politik beruht auf einer Abkehr vom Multilateralismus. Die auf Ausgleich ausgerichtete Zusammenarbeit einer Weltgemeinschaft freier Staaten ist damit Geschichte.

Die Schwäche der internationalen Organisationen - ob UNO, ILO, WTO - ist unübersehbar. Ob es um friedliche Konfliktlösung, Menschenrechte, Mindeststandards von Arbeitnehmerrechten oder fairen Handel und Klimaschutz geht: die Welt driftet wieder auseinander.

Und dies, obwohl die drängenden Menschheitsfragen nicht weniger wurden und nur global lösbar sind und nicht weniger werden. Die weltweiten Konflikte nehmen zu. Bürgerkriege und Kriege werden aus geopolitischem Interesse durch Großmächte gefördert. Sie sind nach wie vor in vielen Regionen brutale Realität, treiben Millionen Menschen in die Flucht und fordern jährlich hunderttausende Menschenleben.

Die Aufkündigung von Abrüstungsabkommen, wachsende Rüstungsexporte in Krisenländer, eine neue Spirale der Aufrüstung machen deutlich, wie wichtig der Auftrag unserer Satzung ist, auch weiterhin für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung einzutreten.

Wir sagen klar und deutlich: Stoppt die Rüstungsexporte in Krisenländer! Auch wenn Trump noch so drängt: Keine Ausweitung des Rüstungsetats! Und keine Beteiligung der Bundeswehr an militärischen Aktionen ohne ein klares Mandat der UNO!

Kolleginnen und Kollegen, es gilt: Wenn Menschen vor Elend und Not, vor menschenverachtenden Diktaturen, vor dem Tod, vor Krieg, fliehen, dann haben sie ein uneingeschränktes Recht, bei uns aufgenommen zu werden. Wir lehnen mit aller Entschiedenheit jede Einschränkung des Asylrechts ab! Asylrecht ist unteilbar! Wir brauchen transparentere Regeln zum Bleiberecht und kein Nachlassen der Maßnahmen zur Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt! Deutschland ist schon lange ein Einwanderungsland, wir brauchen aber trotz aller engagierter lokaler und regionaler Bemühungen echten Fortschritt in der Integrationspolitik. Und wir sagen: Stoppt den Tod im Mittelmeer! Es ist eine Schande, wie Europa hier reagiert. Wir brauchen endlich faire und ausreichende Aufnahmekontingente der europäischen Länder. Wir dürfen nicht wegschauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Flüchtlingsfrage ist ein Beleg der aktuellen Schwäche der EU. Wir brauchen ein starkes Europa. Europa ist unser historisches Friedensprojekt. Ein Rückzug hinter die Mauern der alten Nationalstaaten kann nicht die Lösung sein.

Wenn wir uns hier in Nürnberg über die Ziele einer gelungenen Transformation verständigen, muss dabei unser Ziel sein, dass Europa zeigt, wie man fair über alle Grenzen hinweg miteinander handelt, sich gemeinsam entwickelt, Arbeitsteilung organisiert, Handel sozial und ökologisch reguliert. Jetzt erst recht Europa, muss es heißen! Wir wollen ein soziales und ökologisches Europa.

Das geht nur mit einem eigenständigen europäischen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen den europäischen Binnenmarkt strategisch ins Zentrum rücken – damit wir nicht zwischen chinesischem Staatskapitalismus und amerikanischen Deals zerrieben werden. Die Handlungsfelder sind offensichtlich: Wir brauchen eine Investitionsoffensive im EU-Binnenmarkt. Wir brauchen eine europäische Außenhandelspolitik, die fairen Handel durchsetzt.

Und wir brauchen ein europäisches Kartellrecht, das nicht behindert, dass sich in Europa globale Player bilden können. Die brauchen wir auf dem Weltmarkt als Gegengewicht zu amerikanischen und chinesischen Multis.

Wer die Wirtschafts- und Währungsunion krisenfest machen will, der kommt am zweiten Standbein, der Fiskalunion nicht vorbei. Wir brauchen eine gemeinsame europäische Steuerpolitik statt Standortkonkurrenz über Steuerdumping und Subventionspolitik der Mitgliedsländer auszutragen.

Ein gerechtes, starkes und soziales Europa ist unsere Rückversicherung für die Stürme der Zukunft! Ein Europa, in dem die Politik den Ton angibt, nicht der Markt! Für Europa wie für den ganzen Globus gilt: Zwar ist in den letzten Jahrzehnten die Ungleichheit zwischen den Ländern etwas geringer geworden, haben Schwellenländer aufgeholt. Aber innerhalb fast aller Länder ist die Ungleichheit zwischen Arm und Reich gestiegen. Das ist eine Folge der Doktrin des Neoliberalismus und des blinden Glaubens an die Marktgesetze.

„Der Preis für das Überleben des Nationalstaats ... ist die Unterordnung seiner Sozialstaatlichkeit unter das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit“ – so bringt Wolfgang Streeck die Politik des Wettbewerbsstaates auf den Punkt. So entstand die Agenda 2010. Es ist offensichtlich, dass die Agenda-Politik in Deutschland einen sprunghaften Anstieg von Ungleichheit nach sich zog. Genauso im Großbritannien der Thatcher-Reformen oder in neuer Zeit durch das Troika-Regime in Griechenland. Ungleichheit ist kein Naturgesetz einer globalen Welt, sondern Ergebnis politischen Handelns. Tatsache ist: Der Spalt in der Gesellschaft zwischen Arm und Reich hat sich vertieft. Was für Deutschland gilt, gilt für große Teile der Welt. Es ist die Rückkehr der Klassenfrage, so Branco Milanovic, einer der bedeutendsten Ungleichheitsforscher.

War in der ersten Etappe der Globalisierung die globale Einkommensungleichheit von der Frage bestimmt: In welchem Land bin ich geboren? So ist es heute wieder die Frage. Welcher Klasse und Schicht gehöre ich an?

Oder kurz gesagt: Die alleinige Tatsache, in Deutschland zu leben, ist für Millionen Menschen kein Wohlstandsversprechen mehr. Muss das so sein? Nein. Was politisch verursacht wurde, kann auch politisch korrigiert werden. Wir brauchen endlich eine Rückabwicklung der Teile der Agenda 2010, wo die Unwucht erzeugt wurde, die heute unsere Gesellschaft spaltet.

Sachgrundlose Befristungen haben keinen Sachgrund – sie gehören abgeschafft! Und: Immer noch wirkt die Zumutbarkeitsklausel wie ein Stachel im Fleisch derjenigen, die sich gerade heute wieder Sorgen machen. Sorgen um ihre berufliche Perspektive in der Transformation! Trotz guter Ausbildung! Wir brauchen Qualifikation und nicht Sanktion!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auch in einer globalen Welt gilt: Gute Arbeit und gutes Leben für alle – das ist unser Anspruch. Wir wollen eine Gesellschaft, in der es gerecht zugeht!

Dagegen steht, das können wir Tag für Tag in der Zeitung lesen, ein renditegetriebenes Finanzkapital. Tatsache ist: Billionen von Euro, Yen oder Dollar vagabundierenden Kapitals suchen auch nach der Finanzmarktkrise nach der besten Anlage. Bankenregulierung, Finanzmarktregulierung – all dies hat nichts an den globalen Risiken eines unbeherrschten und wachsenden Finanzmarkts geändert.

Letztes Jahr warnte der IWF vor einer neuen Finanzmarktkrise – und das mit Recht. Beispiel Deutschland: Gerade 5 Prozent trägt der Finanzmarkt zur Wertschöpfung bei – aber allein die Anlagesumme von Finanzinvestoren beträgt 127 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, das sind etwa 4 Billionen Euro. Private Equity ist dabei wieder im Vormarsch. Allein 2017 wurden in Deutschland 217 Unternehmen von privaten Equity-Anlegern übernommen. Davon 70 Prozent aus dem Ausland. Auch die DAX-Unternehmen sind zu 60 Prozent im Besitz ausländischer Anleger. Soweit zur Deutschland AG! Dies hat gravierende Auswirkungen auf Unternehmensstrategien. Nicht nur der Druck auf die Renditeziele zur Steigerung des Kapitalwerts, sondern zunehmend das direkte Eingreifen von Kapitalinvestoren in das Unternehmensgeschehen prägen zahlreiche Unternehmensentscheidungen der letzten Jahre.

Thyssen, ABB, GEA, Osram – Beispiele, wo aktivistische Investoren wie CEVIAN, Elliot und Co. ihr Unwesen trieben. Ja, wir brauchen mehr gesetzlichen Schutz vor feindlichen Übernahmen durch aktivistische Investoren. Wir brauchen aber vor allem eines: Eine klare Stärkung der Unternehmensmitbestimmung. Gerade die Gefahr von Übernahmen und der Druck zur Filetierung von Unternehmen macht deutlich, welchen Wert qualifizierte Mitbestimmung hat. Die wachsende Rolle der Kapitalmärkte verlangt nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung! Ein Beispiel: Ohne die Montanmitbestimmung wäre ThyssenKrupp heute ein Opfer der Finanzinvestoren und morgen bis auf die Knochen ausgeschlachtet. Hatten wir früher noch ca. 100 Unternehmen in der Montanmitbestimmung, sind es heute teilweise über Vertragslösung gerade noch 20.

Wirtschaftsdemokratie durch qualifizierte Mitbestimmung bei Schlüsselindustrien, das war die Begründung der Montanmitbestimmung. Heute haben wir andere Schlüsselindustrien: Fahrzeugbau, IT, Energieanlagenbau, zunehmend beherrscht und getrieben durch internationale Finanzinvestoren. Wir wollen nicht, wie Kevin Kühnert, die Verstaatlichung von BMW fordern, aber wir sollten eines fordern: Demokratie in unserer Gesellschaft braucht eine Balance von Arbeit und Kapital. Und daher fordern wir, dass das Mitbestimmungsgesetz endlich weiterentwickelt wird zu einer wirklichen Mitbestimmung, die nicht ihre Grenze bei der Zweitstimme des Kapitalvertreters findet.

Nicht der Kurs am Kapitalmarkt darf bestimmen, ob Standorte geschlossen, Beschäftigte entlassen, Unternehmensteile verkauft werden, sondern die nachhaltige Entwicklung des Unternehmens muss im Mittelpunkt stehen. Und hier beweisen Betriebsräte und Vertrauensleute Tag für Tag, dass sie die Kompetenz und Verantwortung für diese Entscheidungen haben! Wir wollen, dass die Beschäftigten beteiligt werden an den Zukunftsentscheidungen des Unternehmens. Ich möchte daher einen Vorschlag machen: Starten wir eine breite Kampagne der IG Metall zur Stärkung der Unternehmensmitbestimmung in Zeiten der Transformation. Eine gelungene Transformation braucht nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung. Das ist unser Credo!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Unternehmen sind getrieben durch die Erschließung neuer Märkte, Entwicklung neuer Produkte und die Steigerung der Produktivität - „bei Strafe ihres Untergangs“, wie Karl Marx schrieb. Im Moment stehen wir mitten in einem sich weltweit beschleunigenden technologischen Wandel, getrieben durch die Digitalisierung von Produkten und Prozessen. Digitalisierung wirkt als Rationalisierungstechnologie, automatisiert werden auch kognitive und nicht nur manuelle Tätigkeiten.

Digitalisierung erlaubt aber auch die Befreiung von schwerer und monotoner Arbeit und kann neue Assistenz für qualifizierte und verantwortungsvolle Tätigkeiten bieten, fördert die Inklusion von Beschäftigten in den Arbeitsprozess und macht an vielen Stellen einfach Spaß! Die Digitalisierung ist zudem Quelle neuer Produkte und Dienstleistungen, also neuer Wertschöpfung und Beschäftigung.

Tatsache ist, dass die Digitalisierung das Arbeitsleben komplett verändert. Nicht nur einzelne Tätigkeiten entfallen, sondern hunderttausende Jobs. Und daneben wachsen neue Tätigkeiten, ja ganz neue Wertschöpfungsketten, die unser Alltagsleben prägen werden. Das gesellschaftliche Miteinander, bis hin zu individuellen Lebensstilen, verändert sich durch Digitalisierung.

Statt Standardmärkten für Massengüter – user designed, individuelle Produkte, auch bei Konsumgütern. Weil wir hier in Franken sind: Der im 3D Druck hergestellte Adidas-Schuh, angepasst auf individuelle Passform und Farbpräferenzen ist ein Beispiel dafür. Losgröße 1 ist angesagt. Online-Handel ist nicht mehr das elektronische Warenhaus, sondern der Konfigurator der individuellen Kaufwünsche. Service und Beratung gewinnen zusätzliche Bedeutung und treten in der digitalen Arbeitswelt gleichberechtigt an die Seite der Entwicklung, Herstellung, Vertrieb und Reparatur von Gütern. Auch hier unter Nutzung von digitalen Plattformen, big Data und künstlicher Intelligenz. Es besteht die Gefahr einer weiteren Polarisierung zwischen einfacher Routinetätigkeit mit hoher Automatisierung und kreativ-qualifizierten Arbeiten. Was für die Einen soziale Entwertung bedeutet, ist für die Anderen Aufwertung.

Hier ist es die Ausgliederung von einfachen Routinetätigkeiten in Shared Services Center oder deren Automatisierung durch die Algorithmen künstlicher Intelligenz. Dort entstehen agile Teams Hochqualifizierter, die sich um die Entwicklung neuer Geschäftsprozesse und Geschäftsmodelle oder die Lösung komplexer Forschungs- und Entwicklungsthemen kümmern.

1,5 Millionen Jobs werden in den nächsten Jahren durch Digitalisierung entfallen, das sind 5 Prozent aller Jobs in Deutschland. Eine ähnliche Zahl neuer Jobs wird entstehen. So das IAB. Aber nahezu alle Jobs werden sich in ihren Anforderungen fundamental ändern.

Unser Anspruch ist es, allen Beschäftigten gute Arbeit in der digitalen Arbeitswelt zu ermöglichen. Dies verlangt, dass die Digitalisierungsgewinne in gute Arbeit investiert werden und sich nicht allein in Dividenden auszahlen!

Dem geht die Frage voraus: Wo fallen denn die Gewinne der Digitalisierung an?

Die Gier der Oligopolisten der Internetökonomie nach Daten und Profit ist unersättlich. Ihre wirtschaftliche Kraft ist enorm. Allein Microsoft, Apple, Facebook und Google haben zusammen eine Marktkapitalisierung von 3,4 Billionen Euro. Das ist exakt so viel wie das gesamte deutsche Bruttoinlandsprodukt 2018. Diese vier amerikanischen Hyperscaler machen in Europa Milliarden Umsätze – Steuerzahlung: Nahezu Fehlanzeige.

Und: Datensicherheit und Datenschutz sind nicht nach europäischen Standards gewährleistet. Der NSA-Skandal lässt grüßen. Tatsache ist: Ob es um das Internet der Dinge bei Industrie 4.0 geht, ob es sich um autonomes Fahren handelt oder ob es um den Austausch von Medizindaten geht – überall sind sie dabei, überall sind sie alternativlos. Und überall drängen sie in die Kernkompetenzen unserer industriellen Wertschöpfung.

Nun kann man über eine Datensteuer nachdenken, was die Besteuerung dieser Konzerne angeht. Was wir brauchen, ist aber mehr: Wir brauchen eine europäische Alternative. Eine digitale Infrastruktur, die Datensouveränität und Transparenz, Datensicherheit und Datenschutz gewährleistet. Wenn es eine Schlüsselbranche gibt, die unter demokratische Kontrolle zu stellen ist, dann diese.

Die Cloud braucht demokratische Regulation, braucht Eingrenzung wirtschaftlicher Macht. Und kein Wildwest! Digitale Infrastruktur muss öffentliches Gut werden. Statt Kommerzialisierung freier Zugang und dies ohne Verlust von Datensouveränität. Das ist gefordert! Auch daher habe ich mich in der Industriepattform 4.0 für europäische Cloud-Lösungen eingesetzt. Und jetzt haben wir mit der Europa-Cloud GAIA-X ein konkretes Projekt, das mit der Unterstützung vieler wesentlicher Player demnächst zum Fliegen kommt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Globalisierung und Digitalisierung sind marktgetriebene, aber politisch gestaltbare Treiber der Veränderung unserer Gesellschaft und Arbeitswelt. Klimaschutz durchzusetzen ist eine durch gesellschaftliche Mehrheiten getriebene Veränderung unseres Wirtschaftens. Denn marktgetriebenes Handeln nimmt keine Rücksicht auf Mensch oder Natur. Laut Bericht des Weltklimarats IPCC vom vergangenen Jahr haben menschliche Aktivitäten etwa 1,0°C globale Erwärmung gegenüber dem vorindustriellen Niveau verursacht. Die Risiken für Gesundheit und Lebensgrundlagen wie Ernährungssicherheit und Wasserversorgung, Sicherheit und für Wirtschaftswachstum sind enorm und noch deutlich drastischer, wenn die Temperatur um zwei Grad ansteigen würde. Was ohne entschiedenen Klimaschutz der Fall wäre. Und wir spüren es doch mittlerweile alle selbst: Die vergangenen vier Jahre waren weltweit die heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1880. 18 der 19 heißesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen liegen nach 2001. Was passiert, wenn der Permafrostboden taut und Klimagase freisetzt? Wenn die Meeresströmungen sich abschwächen? Der Kühlturmeffekt der Eisschilder fehlt?

Niemand kann definitiv sagen, wo die Kipp-Punkte liegen. Wann die Entwicklung sich selbst beschleunigt. Und wo sie möglicherweise zum Erliegen kommt. Welche Länder und Regionen besonders leiden werden, das steht allerdings schon fest. Überschwemmungen und Dürrekatastrophen werden Millionen Menschen die Lebensgrundlage rauben. Wenn die Erde sich gegenüber vorindustrieller Zeit nicht um mehr als 1,5°C erwärmen soll, müssen die CO₂-Emissionen bis 2050 auf null sinken. Aber es gibt noch heute Leute, die den menschengemachten Klimawandel leugnen. Aus durchsichtigen Motiven.

Trump als Schutzpatron der amerikanischen Öl- und Gaswirtschaft. Bolsonaro als Freund der Großgrundbesitzer und Holzindustrie Brasiliens. Jetzt hat diese illustre Truppe einen neuen Freund: Alexander Gauland. Er erklärt uns: Zwar ändere sich das Weltklima, aber dass der Mensch dabei durch CO₂-Emissionen eine wesentliche Rolle spiele, sei – Zitat "zumindest umstritten". Er erklärt die Ablehnung des Klimaschutzes - neben der Ablehnung des Euro und der Ablehnung der Zuwanderung - zum dritten großen Thema der Rechtsradikalen. Es passt in das Weltbild der Rechten. Das Bild eines Deutschland, das keine Verantwortung übernimmt, wenn es um die Lösung globaler Probleme geht. Deutschland first ist keine Lösung, mit brauner Tünche sowieso nicht! Auf der anderen Seite erleben wir eine Radikalisierung der Klimaschutzdebatte, die sich in Ökopopulismus mit einer pauschalen Industriekritik und Autohass äußert. Fest steht: Klimaschutz hat nur dann eine Chance, nachhaltig gesellschaftliches Handeln zu bestimmen, wenn er gesellschaftlichen Zusammenhalt stärkt statt spaltet.

Daher ist es richtig, dass wir darüber mit den Umweltverbänden, wie auch mit den Aktivisten von Fridays for Future reden. Und dafür werben, dass die Brücke zwischen guter Arbeit in der Industrie und Klimaschutz in der Innovationskraft dieser Industrie liegt. Eine dekarbonisierte Industrie kann nicht gegen, sondern nur mit den Beschäftigten gelingen. Wer denn, wenn nicht die deutsche Industrie kann den Beweis antreten, dass Klimaschutz und Industriearbeit keine Gegensätze sind, sondern in einer guten Zukunft zusammengehören?

Ja, Deutschland verantwortet nur zwei Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes. Wenn nicht wir den Beweis antreten, dass Klimaschutz nicht gegen Wohlstand und Beschäftigung steht, wie soll dann dieses Ziel Menschen erreichen, die um das tägliche Überleben kämpfen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Globalisierung, Digitalisierung, Klimaschutz – diese Treiber der Transformation prägen die Umbrüche in unseren Wertschöpfungsketten.
Wir haben mit dem Transformationsatlas ein gutes Bild über die Auswirkungen erhalten und welche Chancen und Risiken für Beschäftigung damit verbunden sind. Und eines wurde deutlich: Die Entwicklung wird die Betriebe und Branchen höchst unterschiedlich treffen, sowohl in Umfang als auch in zeitlicher Dynamik.

Nur drei Beispiele: Die Stahlindustrie leidet am deutlichsten am neuen Protektionismus. Dumping-Importe drängen auf einen Markt, der wegen rückläufiger Aufträge ohnehin unter Druck ist. Mit Erfolg konnten wir als IG Metall mit dafür sorgen, dass die EU zunächst Schutzzölle einführt. Die werden nun aber wieder gelockert. Statt Lockerung der Safe-guards muss die Idee einer Carbon-border-Tax weiterentwickelt werden. Fairer Wandel braucht fairen Handel. Gleichzeitig belastet der Emissionshandel die Stahlindustrie mit Milliardenbeträgen. Milliarden, die notwendig sind, wenn die Dekarbonisierung der Hochöfen durch Wasserstoffreduktion gelingen soll. All dies erhöht den Druck auf die Restrukturierung der Branche, verbunden mit der Infragestellung von Standorten und dem Abbau von Arbeitsplätzen. Kurzum: Die Zukunft der deutschen Stahlindustrie ist höchst gefährdet. Und: Die CO₂-freie Stahlproduktion durch Wasserstoffreduktion ist eine Sprunginnovation, die sich betriebswirtschaftlich nicht rechnen lässt. Neben dem notwendigen Forschungsbedarf braucht es dafür staatlicher Unterstützung. Wir verlangen, dass die notwendige Forschung vorangetrieben und in Reallaboren die Industrialisierung der Wasserstoffreduktion erprobt wird. Und wir fordern den Aufbau eines Zukunftsfonds Stahl, der bereitsteht, wenn die Bereitstellung der Wasserstoffinfrastruktur und die Umstellung des Produktionsprozesses anstehen und Milliarden an Innovationen gebraucht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
was für manche Bedrohung ist, scheint der Automobilindustrie durchaus gelegen zu kommen. Günstige Stahlpreise mit Importstahl werden dort begrüßt – zumindest kurzfristig gedacht. Denn auch in der Automobilindustrie ist der Kostendruck enorm und damit der Druck auf Einkaufspreise. Die Automobilindustrie steht vor einer kompletten Umstellung ihrer Wertschöpfung. Sie muss auf Grund der Klimaregulation der EU in zehn Jahren ihre Produktion so umstellen, dass 2030 jedes zweite Fahrzeug einen elektrischen Antrieb hat. Wir haben oft darauf hingewiesen, dass staatliche Investitionen in Infrastruktur und die Förderung des Umstiegs auf Elektromobilität zwingende Voraussetzung sind, damit diese Strategie aufgeht. Gleichzeitig muss der Verbrenner weiter optimiert und letztlich auch der Einsatz von Wasserstoff - entweder zur Herstellung synthetischer Kraftstoffe oder zum Einsatz in der Brennstoffzelle - bis 2050 vorangetrieben werden. Daneben geht die Digitalisierung des Produkts Auto weiter. Konnektivität, autonomes Fahren – der Anteil von Software erhöht sich dramatisch. Während die Umstellung auf Elektromobilität Arbeitsplätze kostet, entstehen hier neue Arbeitsplätze, aber mit gänzlich anderer Qualifikation. Aber eines gilt für die ganze Branche: Es kann nicht sein, dass Milliarden staatlicher Förderung abgegriffen werden, die Produktion und Entwicklung von Elektromobilität und autonomem Fahren aber in Billiglohnländer geschoben werden! Hier muss die Politik handeln!

Die Umstellung der automobilen Wertschöpfungskette führt auch zu einer Neuaufteilung der Wertschöpfung zwischen Herstellern und Zulieferbetrieben. Die OEM füllen ihre Kapazitäten, indem sie wegfallende Arbeit durch das Hereinholen fremdvergebener Wertschöpfung ausgleichen.

Bei den Zulieferern, insbesondere für den Antrieb, sorgt dies für existentielle Nöte, insbesondere bei den kleinen und mittleren Zulieferunternehmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir kennen zwar in der Industriepolitik Ausstiegsszenarien - aus der Steinkohle, aus der Atomkraft, aus der Braunkohle - gepaart mit Milliardenprogrammen staatlicher Strukturhilfe. Aber keine Umbauszenarien, die eine ganze Branche innerhalb eines Jahrzehnts im Volumen um 50 Prozent nach unten skaliert. Und eine funktionsfähige Wertschöpfungskette im Verbrenner ist auch noch 2030 überlebensnotwendig. Zulieferbetrieben darf in der Transformation nicht der Weg zur Finanzierung von Investitionen verbaut werden. Tatsache ist, dass schon heute die Banken auf Rot schalten, wenn Betriebe Kredite beantragen.

Die IG Metall hat hier zwei Vorschläge eingebracht, die wir aktuell auch mit OEM und Politik diskutieren: Der Aufbau eines Dachfonds zur Mittelstandsfinanzierung mit staatlichen Garantien, der zur Bereitstellung von Eigenkapital und Fremdkapital für Unternehmen mit einer erfolgsversprechenden Strategie zur Transformation bereitsteht. Wir sind der Meinung: Wir haben mit Milliarden öffentlicher Mittel den Finanzsektor vor Pleiten gerettet. Jetzt geht es um Menschen und Arbeitsplätze und eine zukunftsfähige Industrie. Und hier ist staatliches Handeln mehr als geboten, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der zweite Vorschlag richtet sich an die Verantwortung der OEM und anderer Stakeholder. Unser Interesse als IG Metall ist es, Insolvenzen zu vermeiden und Übernahmen durch „radikale Investoren“ zu verhindern. Wir brauchen keine Heuschrecken, sondern ein professionelles Krisenmanagement!

Klar ist: Die Stabilität der Wertschöpfungsketten gibt es nicht umsonst. Aber nicht auf Kosten der Beschäftigten. Hier sind auch die Hersteller gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein drittes Beispiel: Ein Maschinenbauer, der Getriebe für Windkraftträder fertigt. Uns allen ist klar, dass Elektrifizierung und Wasserstoff nur dann Sinn machen, wenn genügend grüne Energie am richtigen Ort verfügbar ist. Tatsache ist aber, dass die Unsicherheiten über die Umsetzung der Energiewende den Ausbau der Windenergie stoppen lassen, ja wir im ersten Halbjahr 2019 sogar einen Rückgang von 18 Prozent hatten. Im Moment gehen Jahr für Jahr tausende Arbeitsplätze verloren. Der Grund: Investitionsstopp wegen fehlender politischer Entscheidungen. Etwa über die notwendigen Stromtrassen von Nord nach Süd. Für viele Betriebe dieser Branche erweist sich der vermeintliche Invest in Zukunft im Moment als Flop.

Aus meiner Sicht zeigen die Beispiele: Alle Branchen und deren Beschäftigte sind mit unterschiedlicher Wucht und zeitlicher Dynamik von der Transformation erfasst. Was für den einen Betrieb heute aktuelle Herausforderung ist, ist für den anderen Betrieb keine oder erst in ferner Zukunft.

Die Interessen der Betriebe sind nicht widerspruchsfrei: Billiger Stahl oder nachhaltige Stahlproduktion? Auslastung der eigenen Produktion oder Perspektiven für den Zulieferer?

In der Geschichte des Kapitalismus gab es - jenseits von Weltwirtschaftskrisen oder Folge von Kriegen - keine vergleichbare industriepolitische Intervention in die Wirtschaft wie bei der Durchsetzung der Klimaschutzziele.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Arbeitgeber bleiben gefangen in der Engführung der Betriebswirtschaft – was stellen wir dem entgegen? Von Max Weber stammt der Satz: „Es ist... richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre.“
Wir brauchen eine Utopie, eine gemeinsame Vorstellung über eine erstrebenswerte Gesellschaft, die Grenzen des Bestehenden sprengt, die begeistert, Menschen mitnimmt. Wir zeichnen mit #fairwandel ein solches Bild. Das Bild einer Gesellschaft, die sich nach den Normativen „sozial, ökologisch und demokratisch“ organisiert. Eine Gesellschaft, in der nicht die Ausbeutung von Mensch und Natur gesellschaftliche Triebkraft ist, sondern die Würde des Menschen und der Arbeit. In der der Schutz der Natur und des Klimas das konkrete Handeln bestimmen.

Eine Gesellschaft, die nicht getrieben ist von der Unersättlichkeit eines profitgetriebenen Marktes, sondern vom demokratischen Wollen der Bürger und damit dem Primat der Politik. Eine Gesellschaft, die nicht ausgrenzt, sondern alle mitnimmt und einlädt, die Zukunft zu gestalten. Eine Gesellschaft, deren Leitbild die friedliche Zusammenarbeit der Nationen ist. Eine solche Gesellschaft, sozial, ökologisch und demokratisch, die wollen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen! Und daran arbeiten wir!

Werte – ja, die sind mehr denn je gefordert in einer Transformation, die vieles durcheinanderwirbelt. Werte, die wir schon heute in unserer Satzung finden. Aber Hand aufs Herz: Sind dies die Werte all´ unserer Mitglieder, aller Vertrauensleute und Betriebsräte? Wissen wir, wie sie auf die Gesellschaft gucken? Was ihnen als Gewerkschafter besonders wichtig ist? Seien wir ehrlich: oft wissen wir das nicht.

Aber was tun, wenn gemeinsames Handeln in einer sich so schnell drehenden Arbeitswelt ein solch gemeinsames Wertegerüst notwendig macht? Wir brauchen eine Politisierung unserer Gewerkschaft. Politisierung im wohl verstandenen Sinne: das Allgemeine immer im Auge zu haben und daran das eigene Handeln kritisch zu reflektieren.

Der Kerngedanke der Gewerkschaft ist Solidarität. Statt individueller Konkurrenz setzen wir auf solidarisches Handeln. Statt betriebssyndikalistischen Denkens haben wir das Ganze im Auge. Gewerkschaften sind dabei nicht nur eine Wertegemeinschaft.

Sie stellen politisch und ökonomisch eine Gegenmacht dar, eine Schranke gegen das blinde Wirken der Marktgesetze. Und genau diese Funktion müssen die Gewerkschaften, muss die IG Metall auch in der Transformation einnehmen: Gegenmacht gegen das blinde Wirken der Marktgesetze. Und dies verlangt Werte, Kompetenz und Mut. Verlangt aber vor allem auch Beteiligung und Mitnehmen.

Wo wollen wir hin? Ziele einer gelingenden Transformation. Sozial, ökologisch, demokratisch. Was bedeutet das konkret für unsere Forderungen an die Politik, Arbeitgeber, aber auch unser eigenes Handeln?

Ohne Zweifel ist die Absicherung der Menschen vor Lebensrisiken wie Krankheit, Berufsunfähigkeit, Alter und Arbeitslosigkeit auch heute noch der Maßstab für einen funktionierenden Sozialstaat.

Wir erwarten im Frühjahr 2020 den Bericht der Rentenkommission. Dieser wird einiges auf den Tisch legen, was falsch läuft. Wir brauchen eine Stärkung der gesetzlichen Rente und eine Anhebung des Rentenniveaus. Wir brauchen eine weitere deutliche Verbesserung der Erwerbsminderungsrenten. Und wir brauchen in keinem Fall eine Erhöhung der Altersgrenze auf 70 oder gar noch länger, wie uns das Institut der deutschen Wirtschaft empfiehlt, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aber selbst bei einer deutlichen Anhebung des Rentenniveaus wird die erwartbare Rente keine Sicherung des Lebensstandards bieten.

Ein Kollege in der Ecklohngruppe in NRW kommt nach 40 Jahren Schuften mit 1.273 Euro nach Hause. Reicht das fürs Leben? Auch wenn das Rentenniveau 5 Prozentpunkte nach oben ginge, ist das nicht üppig. Arbeitet der Kollege bei Bosch oder Siemens oder gar Daimler oder VW, kommen nochmals 15 bis 40 Prozent der gesetzlichen Rente obendrauf. Dank der arbeitgeber-finanzierten betrieblichen Altersvorsorge. Schon daher müssen wir uns die Frage stellen: Wollen wir nicht für alle eine arbeitgeberfinanzierte betriebliche Altersvorsorge, die die Versorgung im Alter deutlich anhebt? Immer zusätzlich zur gesetzlichen Rentenversicherung – da sind wir uns alle einig. Oder bleibt das ein Privileg für die Beschäftigten der Großbetriebe? Ich meine nein, wir brauchen mehr Verantwortung der Arbeitgeber für die Altersvorsorge!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
neben den klassischen Risiken erkennen wir neue soziale Risiken, die sozial-staatliches Handeln erfordern.

Die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben ist für viele Beschäftigte die entscheidende Frage, die über Teilhabe oder Ausschluss aus dem Erwerbsleben entscheidet. Mit dem Tarifabschluss 2018 haben wir dieses Thema aufgegriffen. Die Bundesregierung hat mit dem Rückkehrrecht aus Teilzeit nachgesteuert. Und wir haben in vielen Betrieben erreicht, dass sich Vereinbarkeit durch flexible Arbeitszeitmodelle besser für die Beschäftigten steuern lässt.

Ich will hier ganz klar sagen: Vereinbarkeit ist kein Schönwetterthema. Es ist – wie auch Gleichstellungspolitik - ein Grundsatz unserer Betriebs- und Tarifpolitik, die bei stürmischeren Zeiten nicht unter den Tisch fallen darf. Natürlich ist es für die Arbeitgeber zum Teil angenehm, die zusätzlich freien Tage für alle zu ermöglichen, um abflachende Auftragslagen mit einer Arbeitsreduzierung ohne Lohnausgleich abzufangen. Das war und ist aber nicht der Sinn dieser Regelung. Wenn Arbeitszeitvolumen reduziert werden muss, dann bitte über Zeitkonten oder durch Arbeitszeitreduzierung mit Entgeltausgleich, aber nicht so nebenbei umsonst.

Ein weiteres sichtbares Risiko ist die Verfestigung ungleicher Bildungschancen. Leider wieder aktueller denn je. Das deutsche Bildungssystem wirkt so selektiv wie lange nicht. Vor über zehn Jahren kündigte die Bundesregierung ihr Programm „Aufstieg durch Bildung“ an. 10 Prozent des BIP sollte schon bis 2015 für Bildung eingesetzt werden. Die traurige Realität 2018: Gerade 140 Milliarden flossen in die Bildung, das sind bei einem BIP von 3,4 Billionen nicht mal 5 Prozent. Ziel deutlich verfehlt! Im Schnitt hat ein Kind aus einer Akademikerfamilie eine 3,81-mal größere Chance auf eine Gymnasialempfehlung wie ein Kind mit vergleichbaren Fähigkeiten aus einer Facharbeiterfamilie. Aus Familien, in denen mindestens ein Elternteil einen akademischen Abschluss hat, studieren 79 Prozent der Kinder. Aus Familien, in denen beide Elternteile keinen beruflichen Abschluss haben, dagegen nur 12 Prozent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
ist das unser Deutschland, wo der soziale Status der Eltern die Chance auf Bildung der Kinder bestimmt? Ist das unser Deutschland, wo vererbte Chancen oder vererbtes Pech die Bildungschancen bestimmen und nicht Fähigkeit und Leistung? Wir sagen laut: Nein. Wir brauchen statt Ankündigung Handeln in der Bildungspolitik. Nicht die Erhöhung des Rüstungshaushaltes, nein die Erhöhung der Ausgaben für Bildung ist gefordert, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und auch wir können was tun: Akzeptieren wir nicht, dass Arbeitgeber unter dem Vorwand der Transformation Ausbildungsplätze streichen. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Ausbildungsplätze, weil ohne Fachkräfte die Transformation nicht gelingt!

Vielleicht brauchen wir auch Ausbildungsplätze für Ältere oder neue Mischformen zwischen Aus- und Weiterbildung, um substantielle Umorientierungen zu ermöglichen – da sollten wir mutig sein. Erhöhen wir die Durchlässigkeit von der beruflichen Ausbildung in die akademische Ausbildung. Wir haben die Bildungsteilzeit. Aber es fehlt eine vernünftige materielle Absicherung. Daher fordern wir vom Arbeitgeber und Gesetzgeber Modelle mit Entgeltausgleich!

Stärken wir die duale akademische Ausbildung. Ein duales Studium muss auch Kindern aus Arbeiterfamilien bessere Chancen bieten. Wir brauchen endlich Tarifverträge, die die Ausbildung und ihre Vergütung auch für dual Studierenden regeln!

Das im Parlament zur Beratung anstehende BBIG ist in dieser Richtung vollkommen unzureichend! Hier protestiert unsere IG Metall Jugend zu Recht. Und dabei habt ihr unsere volle Unterstützung!

Und sichern wir endlich ab, dass jeder Jugendliche auch eine Berufsausbildung hat. 1,45 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren sind ohne Berufsausbildung auf dem Arbeitsmarkt oder arbeitslos. Das sind 15 Prozent! Jeder siebte Jugendliche! 1,45 Millionen junge Menschen, für die keine andere Alternative besteht, als sich in prekären Jobs, als Leiharbeiter oder Billiglohnarbeiter in Werkvertragsunternehmen zu verdingen.

Die Soziologin Jutta Allmendinger hat in einer 2018 veröffentlichten Studie eindrucksvoll nachgewiesen: Es gibt zwei große Risikofaktoren dauerhaft in prekären Verhältnissen in Deutschland zu leben: Alleinstehend zu sein mit Kindern und jung zu sein ohne Berufsabschluss. Für beide Gruppen gilt zu oft: Einmal prekär, immer prekär. Oft landen sie in Tätigkeiten, die nicht einmal sozialversichert sind. Und hier entstehen neue soziale Risiken bezogen auf den Arbeitsmarkt: Eine Schicht von prekärer Soloselbstständigkeit.

Ob Click-Worker, Fahrradkuriere, Drecksjobs in der shared mobility wie das Einsammeln von E-Scootern. Seien wir ehrlich, bisher arbeitet die Mehrheit dieser Menschen unter äußerst schlechten Bedingungen. Ohne Arbeitsvertrag, ohne jede soziale Sicherung im Risikofall auf die sozialstaatliche Grundsicherung angewiesen. Ich meine: Ein Sozialstaat muss sich gegen Missbrauch wehren – und solche Jobs sind Missbrauch! Und daher muss gelten: Keine Erwerbstätigkeit ohne soziale Sicherung und Einhaltung des Mindestlohniveaus. Wir brauchen endlich eine Erwerbstätigenversicherung!

Allen geschilderten neuen sozialen Risiken lässt sich nur wirksam begegnen, wenn für Sozialstaatlichkeit nicht nur gesetzlich, sondern stärker denn je, konkret im kommunalen Umfeld des Betriebs solidarische Lösungen gefunden werden. Tarifverträge und Betriebsräte können hier passgenaue Lösungen in der Arbeitswelt ermöglichen. Dieses Ineinandergreifen von Gesetz, Tarif und Mitbestimmung ist entscheidend für eine wirksame Sozialstaatlichkeit, für einen Sozialstaat 4.0. In der Transformation wird das offensichtlicher denn je.

Die Transformation bringt nicht nur neue Anforderungen, sondern auch neue soziale Risiken hervor. Und diese können uns alle betreffen. Auch die unter uns, die nicht jung und ohne ‚ordentliche‘ Ausbildung arbeiten oder alleinstehend mit Kindern leben.

Ich komme zu unserem zweiten Normativ: Ökologisch. Ökologischer Umbau meint nicht das Lebensglück des Juchtenkäfers in der Großstadt. Wir verstehen darunter den konsequenten Umbau unserer Gesellschaft zu einem umweltfreundlichen und CO2-freien Wirtschaften und Leben.

Wir können in Deutschland vormachen, wie es geht, mit unserer hochmodernen Industrie, unseren Wissensvorsprüngen und unseren motivierten Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen massive Investitionen in Infrastruktur, wenn wir die Pariser Klimaschutzziele erreichen wollen.

Nun hat die Bundesregierung mit dem Klimapakete einen ersten Anstoß gegeben: Bis 2023 beträgt das Investitionsvolumen 54 Milliarden Euro. Das ist gut so und viele dadurch finanzierte Maßnahmen, wie die Förderung von energetischer Gebäudesanierung, der Elektromobilität oder der Dekarbonisierung der Industrie sind mehr als richtig. Das gilt auch für zusätzliche Investitionen in die Schiene und in den Ausbau von Radwegen. 54 Milliarden für die nächsten drei Jahre. Das ist eine stolze Summe. Sie wird aber nicht ausreichen.

Das sagt nicht nur der Direktor des gewerkschaftsnahen IMK, Sebastian Dullien. Das sagt auch der Direktor des arbeitgebernahen IW Michael Hüther. Sie benennen für ein solches Paket eine Summe von 450 Milliarden Euro über zehn Jahre, also rund 45 Milliarden Euro pro Jahr.

Ein solches Paket wäre notwendig, um die Infrastruktur Deutschlands wieder auf Weltklasseniveau zu bringen. Denn Tatsache ist: Deutschlands Infrastruktur ist in vielen Bereichen rückständig. Ich finde, die IG Metall sollte diesen Vorschlag unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nur lässt sich ein solches Investitionsprogramm nicht aus dem laufenden Haushalt finanzieren. Auch nicht durch Mehreinnahmen aus dem Energie- und Klimafonds.

Und daher: Es muss endlich Schluss sein mit dem Diktat der schwarzen Null, wenn es um die Zukunft unseres Landes, unserer Kinder, unserer Umwelt geht, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Notwendig ist: Jetzt die Phase der niedrigen Zinsen zu nutzen, ein Sondervermögen für Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Notwendig ist aber auch mehr Verteilungsgerechtigkeit. Denn die Einkommensungleichheit ist in Deutschland so hoch wie nie. Da liegen wir wieder auf dem gleichen Niveau wie vor dem 1. Weltkrieg. Der Anteil der Niedrigeinkommen ist gegenüber den 90ern um mehr als die Hälfte gestiegen. Und bei den Vermögen sieht es nicht besser aus. Innerhalb des Euroraums herrscht in Deutschland die höchste Vermögensungleichheit. Mittlerweile kritisiert sogar der IWF die Vermögensverteilung hierzulande – und die sind nicht gerade als Freunde der Umverteilung bekannt.

Wir wollen, dass Spitzenverdiener durch einen erhöhten Spitzen- und Reichensteuersatz größere Lasten tragen, Geringverdiener durch einen erhöhten Grundfreibetrag dafür entlastet werden. Wir müssen hohe Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern und die Körperschaftssteuer anheben. Es ist doch nicht so, dass es in diesem Land für eine solche Jahrhundertaufgabe an Geld fehlt. Es fehlt der politische Wille! Und den fordern wir ein, liebe Kolleginnen und Kollegen. Investiert in die Zukunft! Und verteilt die Lasten gerecht! Genau das Gegenteil bewirkt dagegen eine CO₂-Bepreisung im Verkehr und beim Wohnen.

Wer ein Auto braucht, um zur Arbeit zu kommen, muss den teuren Sprit tanken. Wer zur Miete mit einer Ölheizung wohnt, hat keine Alternative als den höheren Heizölpreis zu akzeptieren. Jeder Euro CO₂-Preis auf Sprit und Heizöl belastet untere Einkommen doppelt so stark wie hohe Einkomme, so eine aktuelle Studie des DIW. Ist das gerecht? Wir sagen Nein! Wir meinen: Der CO₂-Ausstoss kann reduziert werden, wenn die Bürger Alternativen habe. Hier muss der Staat unterstützen. Durch Subventionierung beim Austausch von Heizungen, Kauf von Elektromobilen. Hier liefert das Klimapakete einige richtige Ansätze.

Aber auch durch Ausbau des ÖNPV, der Ladeinfrastruktur und andere Infrastrukturmaßnahmen. Hier kann ein CO₂-Preis langfristig auch eine Lenkungswirkung entfalten. Was nicht geht, liebe Kolleginnen und Kollegen: Untere Einkommen mit einem CO₂-Preis übermäßig zu belasten, um die schwarze Null zu retten. Notwendige Investitionen müssen gerecht finanziert werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
sozial, ökologisch, demokratisch. Veränderung lässt sich nicht über die Köpfe der Menschen hinweg durchsetzen. Sie müssen mitgenommen, beteiligt werden. Das gilt im Betrieb, in der Region, in der Gesellschaft.

Die Beteiligung der Beschäftigten ist das A und O einer erfolgreichen Transformation. Beteiligung braucht Zeit und Raum, braucht Information und Diskurs. Beteiligung schafft engagierte Beschäftigte, die ihre Kreativität und Kompetenz einbringen.

Ein zeitgemäßes Verständnis von betrieblicher Interessensvertretung überlässt dieses Feld nicht den Arbeitgebern. Wir sind die Motoren und Treiber der Beteiligung! Und dies beginnt mit unserer Aufstellung im Betrieb. Im Betrieb entscheidet sich gewerkschaftliche Handlungsmacht. Nicht nur in betrieblichen Fragen, auch bei unserer Durchsetzungskraft in Tarifrunden oder für die Mobilisierungsfähigkeit für gesellschaftspolitische Themen.

Wie vermitteln wir gewerkschaftliche Werte noch besser an Mitglieder und Funktionäre? Entsprechen unsere Betriebsratsarbeit und unsere Vertrauensleutearbeit diesen Ansprüchen? Was brauchen wir, um für die nächste Tarifrunde ein Kampfbetrieb zu werden? Wie können wir besser für politische Veranstaltungen der Geschäftsstelle mobilisieren? Welche Ressourcen und Unterstützung können dabei helfen? Mit dem Projekt „IG Metall vom Betrieb aus denken“ wollen wir all diese Fragen in der Breite der IG Metall bearbeiten. Dazu braucht es auch für gewerkschaftlich Aktive Raum und Zeit, Information und ehrliche Debatten. Das betrifft vor allem die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Wir müssen ihnen den Raum und die Zeit bieten für sich, aber auch für den Dialog mit der Belegschaft.

Ich möchte daher einen Gedanken ins Spiel bringen, der auch das aufnimmt, was in vielen Anträgen zur besseren Absicherung der Vertrauensleutearbeit benannt wird: Wir fordern für jeden Beschäftigten und insbesondere für die, die sich Beteiligung und Beratung der Beschäftigten zur Aufgabe gemacht haben, ein Recht auf eine Beteiligungszeit als Teil der Arbeitszeit. Wie hoch dieses Zeitbudget ist, dass wir da fordern, darüber müssen wir uns verständigen. Wenn sich tausende von Tätigkeiten ändern, rückt die Frage der richtigen Eingruppierung wieder in den Vordergrund. Wie wird die Arbeit neu organisiert und was bedeutet dies für eine ausreichende Personalbemessung, was verlangt dies an Personalentwicklung und notwendiger Qualifizierung?

In all diesen Fragen müssen Vertrauensleute kompetente Ansprechpartner sein. Sie müssen Entgeltberater, Organisationsgestalter, Weiterbildungsmentoren, aber vor allem diejenigen sein, die zusammen mit den Beschäftigten Veränderung gestalten. Sicherheiten geben und wo dies nicht gelingt, in den Konflikt gehen, das ist gefragt.

Eine faire Transformation geht nur mit Beteiligung der Beschäftigten. Und dazu braucht es Beteiligungszeit. Und die sollten wir uns erkämpfen, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir brauchen aber auch ein Mitbestimmungsrecht, das die Anforderungen von heute widerspiegelt: Wir brauchen endlich ein echtes Initiativrecht der Betriebsräte zur Durchführung von Weiterbildung und nicht so was Halbgares, wie im Koalitionsvertrag steht! Wir brauchen eine Senkung der Schwellen für einen Interessensausgleich und Sozialplan, wenn erkennbar über Jahre Betriebsteile umgebaut oder Aufgaben fremdvergeben werden!

Kurzum: Wir brauchen eine Betriebsverfassung, die die Balance zwischen Arbeit und Kapital auch durch eine Anpassung der Mitbestimmungsrechte unterstützt. Wer es ernst meint mit fairem Wandel in der Politik, der muss auch ja sagen zu mehr Mitbestimmung, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, jede Tarifrunde ist daher eine Chance, Beschäftigte an der Gestaltung ihrer Arbeits- und Entgeltbedingungen zu beteiligen. Jede Auseinandersetzung um die Herstellung von Tarifbindung, jeder Kampf um Zukunftstarife, jede Tarifrunde in der Fläche ist gelebte Wirtschaftsdemokratie.

Ein Gestaltungsanspruch, der auf die eigene Kraft, die eigene Entscheidung, das Mitmachen vieler setzt. Tarifrunden mit Beteiligung vieler zu verbinden, das gelingt uns auch immer besser.

Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, dass der Tarifpartner und damit die Tarifbindung in der Fläche richtig schwächeln. Das kann uns nicht gleichgültig sein. Denn der Flächentarif schützt am besten gegen Dumping in Entgelt und Arbeitsbedingungen.

Was da besonders ärgert: Arbeitgeberverbände wie Gesamtmetall gerieren sich zwischenzeitlich mehr als Anwaltskanzleien denn als Tarifpartei. Seit kurzem haben die Mitgliedsverbände von Gesamtmetall mehr OT-Betriebe als tarifgebundene Mitglieder. Das Märchen, OT würde sozusagen als Lockmittel mit Klebwirkung zur Stärkung der Tarifbindung eingeführt, ist längst widerlegt.

Ich bin es auch leid, dieses Märchen weiter anzuhören. Herr Dulger sagt, ich zitiere: „Denn auf all das, was wir Tarifpartner machen, haben wir kein Copyright. Wir denken uns vernünftige Lösungen aus... Und anschließend kann jeder Firmeninhaber, der nicht unser Mitglied ist und damit nicht unserem Flächentarifvertrag unterliegt, ihn kostenlos in Teilen übernehmen.“ Ich sage, dass kann so nicht weitergehen: Tarifverträge gelten für Mitglieder. Das gilt auch für die Arbeitgeberverbände. Und daher fordere ich von der Politik - und das haben wir nun mehrfach auch mit den Arbeitgeberverbandspitzen besprochen: Schluss mit den Bezugnahmeklauseln! Wer die Vorteile eines Tarifs will, der muss Mitglied sein. Negative Koalitionsfreiheit ist zwar grundgesetzlich möglich. Aber sich nicht beteiligen und trotzdem alle Vorzüge genießen, das geht nicht, Kolleginnen und Kollegen! Und das darf nicht auch noch durch den Gesetzgeber gefördert werden.

Ja, es ist gut, wenn der Gesetzgeber Tarifverträgen bessere Gestaltungs- und Fördermöglichkeiten zuschreibt. Dann aber bitte nur für die, die auch tarifgebunden sind. Ja, es ist gut, wenn der Gesetzgeber Tariftreue zur Grundlage seiner Ausschreibungen macht. Aber dann bitte Tariftreue mit Tarifbindung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitgeber fordern mehr Attraktivität der Tarifverträge ein, doch ihre Vorschläge sind übersichtlich originell. Wir brauchen keine Rosinenpickerei in modularen Tarifverträgen, bei denen der Arbeitgeber entscheidet, welche Module er anwenden will.

Und dann die stete Wiederholung von den angeblich überzogenen Abschlüssen. Das wirkt immer so, als ob ein Autoverkäufer dem Kunden rät: Kaufen sie doch ja nicht diese Schrottkarre. Klasse Job für mehr Tarifbindung, sage ich da. Bleibt nur eins, wir müssen aktiv weiter für mehr Tarifbindung und gegen Verbandsaustritte kämpfen!

Aber eine Anforderung hätte ich hier noch an den Gesetzgeber: Sorgen wir dafür, dass bei Aufspaltung und Ausgliederung nicht nur der einzelne Beschäftigte nach 613a seine Tarifansprüche mitnimmt, sondern dass auch die kollektive Tarifbindung in die neuen Betriebe übergeht! Gerade die Transformation führt vermehrt zu dieser Form von Tarifflicht durch Ausgliederung. Hier muss ein Riegel vorgeschoben werden, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
Beteiligung braucht es nicht nur im Betrieb, in der Tarifpolitik, sondern auch in der Region, in der die Bürgerinnen und Bürger leben. Gerade dann, wenn solche Regionen vor großen Umbrüchen stehen.
Die regionale Wirtschafts- und Strukturpolitik gewinnt an Bedeutung. Auch für uns. Denn in einigen Regionen droht die De-Industrialisierung.

In der Kohlekommission wurde beschlossen: „Die Akteure in den betroffenen Regionen werden die Strukturentwicklung vor Ort entscheidend prägen. Hierzu bedarf es einer Trägerinstitution, die mit den Gegebenheiten vor Ort vertraut ist und effektiven Mitteleinsatz gewährleistet.“ Das begrüßen wir. Denn endlich würden solchen regionalen Institutionen auch Finanzmittel für eine aktive Industriepolitik und Infrastrukturentwicklung zur Verfügung stehen. Und die Gewerkschaften sind Teil dieser Strukturen. Leider müssen wir nun feststellen, dass es bei der Umsetzung hapert. Aber wir brauchen solche Institutionen einer wirksamen regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik - auch jenseits des Braunkohleausstiegs. Nur so können die Menschen in der Region mitgenommen, beteiligt und gemeinsam Vorschläge entwickelt werden, wie sich ihre Region entwickelt.

Angesichts des massiven Strukturwandels, der in einigen Regionen vor uns steht, fordern wir daher die Bundes- und Landesregierungen auf: Schaffen wir bundesweit regionale Transformationsagenturen, begleitet von Regionalräten unter Beteiligung der Gewerkschaften!

Und setzen wir uns dafür ein, dass in der Ratspräsidentschaft Deutschlands in der EU im zweiten Halbjahr 2020 endlich das europäische Beihilferecht angepasst wird. Wir brauchen Strukturmittel nicht erst dann, wenn die Arbeitslosenzahl hoch und die Wirtschaftskraft einer Region am Boden liegt. Wir brauchen eine präventive Strukturpolitik, die Industriestrukturen und Beschäftigung erhält und daher rechtzeitig in der Region die Weichen auf Zukunft stellen kann.

Sozial – Ökologisch – Demokratisch, diese großen Normative unserer Utopie eines Deutschlands und Europas, wie wir es wünschen, werden auch in den nächsten Monaten Leitschnur unserer Politik sein.

Aktuell stellen wir fest, dass das Konjunkturbarometer nach unten zeigt. Die aktuelle wirtschaftliche Situation ist insbesondere für die exportorientierte Industrie eine Herausforderung. Die Konjunktur in Deutschland hat sich im laufenden Jahr weiter abgekühlt. Im Sommerhalbjahr dürfte die Wirtschaftsleistung geschrumpft sein.

Konkret für unsere Branchen bedeutet das: Die Produktion im Fahrzeugbau ist seit Mitte 2018 um 20 Prozent eingebrochen. Auch die Ausrüstungsinvestitionen schwächeln. Dies bedeutet auch für den Maschinenbau und etwa die Nutzfahrzeugsparte einen signifikanten Rückgang. Allmählich strahlt die Industrierezession auch auf die unternehmensnahen Dienstleister aus. Eine Konjunkturkrise ist aber nicht zu erwarten, auch wenn die konjunkturellen Abwärtsrisiken derzeit hoch sind. Die Prognosen rechnen mit einer Stabilisierung Ende 2020. Der Grund: Die ansonsten gute Konjunktur führt auch 2020 und 2021 zu einem leichten Wachstum. Das sehen wir auch in den Betrieben. Die Zahl der Einschlüsse häufen sich, wo Aufträge abbrechen, Investitionen zurückgestellt und über Kurzarbeit nachgedacht oder angemeldet wird. Wie reagieren die Unternehmen? Manche nutzen die Gunst der Stunde, um jetzt unter dem Eindruck sinkender Auftragseingänge, Strukturen zu bereinigen.

Fast alle Zulieferkonzerne haben in den letzten Wochen in unterschiedlicher Radikalität Standortschließungen und Personalabbau in die Diskussion gebracht. Es sind dieselben Zulieferkonzerne, die im gleichen Zeitraum in Osteuropa Kapazitäten aufbauen.

Kolleginnen und Kollegen,
dieses Verhalten ist unerträglich! Wenn jetzt der erste Gegenwind genutzt, die Kolleginnen und Kollegen auf die Straße zu setzen, dann findet das unseren Widerstand. Wenn die Renditeträume nicht so aufgehen, wie sie in den vergangenen Jahren durch die Belegschaften erwirtschaftet wurden, dann mögen darunter die Boni der Vorstände leiden, aber das kann doch keine Begründung für Personalabbau sein! Ich halte dieses Vorgehen für verantwortungslos.

Wie soll man die Belegschaften für ein engagiertes Mitmachen in der Transformation gewinnen, wenn nun im ersten Moment einer konjunkturellen Flaute das Miteinander aufgekündigt wird? Ich kann nur sagen: Krise heißt nicht Entlassung. Krise heißt Verantwortung – und für die stehen die IG Metall und ihre Betriebsräte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unsere Anforderung an gute Arbeit in der Transformation orientiert sich an den Werten sicher, gerecht und selbstbestimmt. Hier hat der Transformationsatlas gezeigt: Zukunft hat viele Fragezeichen. Mit denen können wir uns aber nicht zufriedengeben.

Wir wollen Sicherheit für die Beschäftigten. Dazu gehört eine Unternehmensstrategie, die nachhaltig Beschäftigung an den Standorten sichert, die entsprechend investiert und Geschäftsfelder ausbaut und die die Beschäftigten mitnimmt, auch durch eine entsprechende Personalentwicklungsstrategie und Qualifizierung. Wir haben schon in zahlreichen Betrieben Zukunftsvereinbarungen durchsetzen können. Ich schlage vor, dass wir uns eine Kampagne vornehmen, in möglichst vielen Betrieben solche Vereinbarungen zu erkämpfen. Wir werden gegenüber dem Gesetzgeber weiter deutlich machen, dass er handeln muss, und zwar schnell!

Hubertus Heil hat uns das Arbeit-für-Morgen-Gesetz angekündigt. Worum geht es im Kern für uns?

Erstens: Kollektiver Zugang zum Qualifizierungschancengesetz für all die Kolleginnen und Kollegen, für die wir Veränderungsbedarf am Arbeitsplatz sehen. Bisher eine reine Individuelleistung. Zweitens: Kurzarbeit ohne Drittelerfordernis zum Brückenbau bei Auftragschwächen aber auch strukturellen Umbrüchen - und dies verbunden mit Qualifizierung. Das hatten wir 2008/2009 und beschleunigt den Zugang zum Kurzarbeitergeld. Und drittens einen schon lange von uns geforderten Ausbau des Transferkurzarbeitergelds.

Und wir müssen unsere Tarifverträge anpassen. Da ist zunächst die Verpflichtung des Arbeitgebers vor Entlassung und Abgruppierung auf Qualifizierung mit vollem

Entgeltausgleich. Da haben wir regional sehr unterschiedliche Bestimmungen, die allesamt verbessert werden können.

Da ist weiter die Frage eines Entgeltausgleichs bei Bildungsteilzeit, aber auch eine tarifliche Verpflichtung zur Vorlage einer Personal- und Qualifizierungsplanung.

Und wir müssen bei abbrechender Auslastung sicherstellen, dass zunächst die Arbeitszeitkonten genutzt werden. Die müssten auch endlich in allen Tarifgebieten vereinbart werden, dann Kurzarbeit und erst zuletzt Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Diese Abfolge muss fest verankert werden!

Es muss sicher und gerecht zu gehen. Gerecht bedeutet zuallererst eine Entgeltpolitik, die die Beschäftigten an der gesamtwirtschaftlichen Wohlstandsentwicklung beteiligt. Das ist uns in den letzten Jahren gut gelungen, wir konnten die Realeinkommen vieler Beschäftigter deutlich verbessern.

Hier wird von den Arbeitgebern heute schon die Tarifrunde 2020 eingeläutet. Es ist ja kein Zufall, dass sich just vor unserem Gewerkschaftstag die ganze Riege zu Wort meldete. Herr Dulger, Frau Renckoff-Mücke, Herr Kirchhoff und alle mit dem gleichen Tenor: Werdet bescheiden! Erkennt die Not der Branche! Ich sage nur: Auf die Leimspur einer Lohnzurückhaltung lassen wir uns nicht locken. Wir haben immer Forderungen gestellt, die in die ökonomischen Realitäten passten und das gilt auch 2020. Wenn die Konjunktur eines im Moment trägt, dann ist es die stabile Binnen- nachfrage. Sie sichert Deutschland vor einem Abbruch in der Krise. Und es wäre töricht, an diesem Ast zu sägen. Wir werden daher verantwortungsvoll zu Beginn des Jahres schauen, welche Forderung in die Zeit passt.

Gerecht bedeutet auch, dass in der Transformation alle Beschäftigten Perspektiven auf gute Arbeit haben. Das gilt auch für die Werkvertragsbeschäftigten und Leiharbeiter. Ich will nicht hinnehmen, wenn da einfach tausende Leiharbeiter abgemeldet werden, ohne dass wir ernsthaft in den Konflikt darüber gehen, ob es Alternativen gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das gilt aber auch für besonders gefährdete Gruppen in den Stammebelegschaften selbst. Insbesondere für die Un- und Angelernten. Gerade für diese Gruppen müssen wir von den Arbeitgebern abverlangen, nachhaltige Beschäftigung durch Qualifizierung zu ermöglichen. Und dies verbietet zum Beispiel eine schnelle Verlagerung von Produktion in Niedriglohnländer. Diese Kolleginnen und Kollegen haben jahrzehntelang ihren Rücken unter teils miesen Arbeitsbedingungen hingehalten. Das können und das werden wir nicht hinnehmen. Ja, die Arbeitsplätze für Un- und Angelernte werden signifikant weniger in der Industrie. Aber das entlässt uns doch nicht aus der Verantwortung für diese Kolleginnen und Kollegen, Brücken zu bauen, die ihnen auch morgen eine sichere Beschäftigung ermöglichen.

Sicher, gerecht und selbstbestimmt. Da ist zunächst mehr Selbstbestimmung in der Arbeitszeit. Der T-ZUG war und ist ein voller Erfolg – das beweisen über eine viertel Millionen Beschäftigte, die die Wahloption gezogen haben. Und er muss weiter-

entwickelt werden. Etwa indem auch Teilzeitkräfte in den Kreis der Anspruchsberechtigten einbezogen werden. Und auch Beschäftigte mit Montage- oder Auswärtstätigkeiten oder in Projektarbeit sollen von selbstbestimmteren Arbeitszeiten profitieren.

Ich sage aber auch: Wer über Selbstbestimmung bei der Arbeitszeit spricht, darf über Personalbemessung und -planung nicht schweigen. Arbeitszeitverkürzung – ob individuell oder kollektiv – darf nicht zulasten der Kolleginnen und Kollegen gehen, sie darf nicht mit Leistungsverdichtung, überlangen Arbeitszeiten und Stress bezahlt werden. Auch deshalb brauchen wir auch neue Ansätze in der Leistungs politik.

Etwa: Wie kommen wir zu Vereinbarungen über Mindest-Personalbemessungen in einzelnen Arbeitseinheiten? Wir müssen dabei auch neue Formen der Arbeitsorganisation im Blick haben.

Agile, innovative Arbeitsmethoden sprechen nicht nur die Jüngeren an. Die Möglichkeit, hierarchiefrei, in kollaborativen Teams mit zahlreichen Lern- und Fortschrittsschleifen zu arbeiten, begeistert nicht nur Systementwickler und Entwicklungsingenieure. Außerhalb starr vorgegebener Arbeitszeiten Arbeit und Privatleben besser vereinbaren zu können, ist für alle Beschäftigten attraktiv. Das gilt übrigens für alle unsere Organisationsbereiche und alle Beschäftigtengruppen, das gilt auch für Kolleginnen und Kollegen in taktgebundener Arbeit, für Montage und Außendienst. Ohne ständig den moralischen Zeigefinger zu heben, verlieren wir dabei die Risiken nicht aus den Augen: Flexible Arbeitszeiten und Vereinbarkeit dürfen nicht mit entgrenzter Arbeit und ständiger Erreichbarkeit erkaufte werden.

Auch in der Arbeitswelt von Morgen regelt das immer noch der Betriebsrat. Arbeitgeber und Betriebsrat einigen sich auf Projekte, in denen neue Arbeitsmethoden erprobt, ausgewertet und eingeführt werden können. Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen: Mitbestimmung ist kein Hindernis, sie ist Voraussetzung für selbstbestimmteres Arbeiten!

Willy Brandt hatte in seiner Regierungserklärung 1969 unter der Überschrift „Mehr Demokratie wagen“ gesagt: „Unser Volk braucht wie jedes andere seine innere Ordnung. Wir werden in unserem Land aber nur so viel Ordnung haben, wie wir an Mitverantwortung ermutigen. Solche demokratische Ordnung braucht außerordentliche Geduld im Zuhören und außerordentliche Anstrengung sich gegenseitig zu verstehen.“

Genau das: Ermutigen Verantwortung zu übernehmen, zuhören und zu einem gemeinsamen Verständnis zu kommen, das funktioniert nicht in einer durch die sozialen Medien beherrschten vollkommene Überflutung an News und Fakes, das funktioniert nicht durch eine Infantilisierung der Debattenkultur in strunzdoofen Talkshows. Es ist unser demokratischer Auftrag hier einen Kontrapunkt zu bilden.

Unsere stärkste Kommunikationsmacht ist dabei die direkte Ansprache, das direkte Gespräch, das Einbeziehen und das Begeistern dafür, die Arbeit und ihre Bedingungen, das Leben in der Region und die großen gesellschaftlichen Fragen dieses Landes mitzugestalten. Und genau das ist unsere Aufgabe als aktive Metallerrinnen und Metaller. Und es ist ein klares Gegenmodell gegen das Gedröhne der Rechtsradikalen: „Wir sind das Volk.“ Dieses sich ständige Überheben über andere Meinungen, andere Kulturen, andere Nationen, anderes Aussehen. Einer Politik des Ausgrenzens, nicht des Zuhörens, des Unterordnens unter noch so dumpfe Parolen und nicht des Diskurses, des Glaubens an Autorität des starken Mannes und nicht an die demokratische Mitverantwortung der Bürger.

Wenn man Zitate von Führungsleuten der AfD liest wie: Deutschland leidet „unter einem Befall von Schmarotzern und Parasiten“, die dem deutschen Volk „das Fleisch von den Knochen fressen“, so AfD Funktionär Göbel. Oder wenn die Diktatur des Nationalsozialismus von Gauland als „Vogelschiss der deutschen Geschichte“ bezeichnet wird und Höcke in bewusster Anlehnung an die NS-Rhetorik tönt: „Ich will, dass Deutschland nicht nur eine tausendjährige Vergangenheit hat. Ich will, dass Deutschland auch eine tausendjährige Zukunft hat.“ Da kann einem doch nur das Kotzen kommen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Und da gibt es nur eines: Klare Kante zu zeigen! Die Gesellschaft darf diesen Rechtsradikalen keinen Platz lassen. Keinen Platz für faschistische, rassistische und demokratiefeindliche Hetze!

Daher arbeiten wir mit, in all den vielen ermutigenden Bündnissen gegen rechts vor Ort. Etwa gegen den am 30. November in Braunschweig geplanten Bundesparteitag der AfD, oder bundesweit in den Initiativen von #unteilbar, wie bei der Demonstration am 24. August in Dresden. Klare Kante, wer hetzt der fliegt, das gilt auch für die IG Metall. Und da gibt es null Toleranz! Aber wir können uns nicht damit abfinden, dass jeder vierte Gewerkschafter in Sachsen und Brandenburg AfD gewählt hat. Da hilft aber keine Gesinnungspolizei, sondern Überzeugung, Ansprache und Diskussion. Und wieder und wieder Beteiligung, praktische Demokratie.

Von Oskar Negt stammt der Satz: „Demokratie ist die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss – immer wieder, tagtäglich und bis ins hohe Alter hinein.“ Und darum geht es: die Menschen mitzunehmen, gemeinsam um den besten Weg ringen und die Erfahrung vermitteln, dass Beteiligung und Engagement in dieser Demokratie Erfolge bringt, liebe Kolleginnen und Kollegen Die IG Metall kann diese Aufgaben nur schultern, wenn wir uns mitgliederstark und mit tausenden engagierten Kolleginnen und Kollegen an die Aufgabe machen. Dabei ist unsere Stärke unsere Vielfalt, in den Betrieben, in der Geschäftsstelle, in der gesamten IG Metall. Dafür sprechen die Arbeit unserer Personen- und Zielgruppen; in, für und mit Jugend, Frauen, Angestellte, Migrantinnen und Migranten. Dabei hilft enorm das Engagement unserer Seniorinnen und Senioren, unserer arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen in der AGA. Aber auch im Betrieb das gute Zusammenwirken von Betriebsrat, Jugendvertretung, Schwerbehindertenvertretung und Vertrauensleuten.

Sie alle engagieren sich, jeder in seinem Schwerpunkt, aber mit dem gleichen Wertegerüst. Und Vielfältigkeit wird umso mehr Stärke, wie wir eine Utopie, eine verbindende Vorstellung über eine erstrebenswerte Gesellschaft, die auch Grenzen des Bestehenden sprengt, für uns entwickeln. Eine solche Utopie zu zeichnen, uns zu vergewissern über unsere Rolle und Aufgabe als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist Ziel des Manifests, das diesem Gewerkschaftstag vorliegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Transformation trifft Branchen und Betriebe, wo die IG Metall besonders mitgliedsstark ist, besonders kräftig mit einem erwartbaren und heute schon erkennbaren Beschäftigungsabbau.

Branchen und Betriebe, gerade im Fahrzeugbau, wo wir überproportional auch in den letzten Jahren Neuaufnahmen hatten. Die Transformation lässt Branchen und Beschäftigtengruppen wachsen, wo wir noch nicht den Organisationsgrad haben, den wir brauchen um durchsetzungsfähig zu sein. Hinzu kommt der demografische Wandel, starke Alterskohorten mit vielen Mitgliedern gehen in Ruhestand.

Hier haben wir aber durchaus erfolgreich mit einer starken jungen IG Metall, mit großen Organisationserfolgen bei Studierenden dagegen gearbeitet. Auch mit den Erschließungsprojekten. Das reicht aber nicht aus. Wir brauchen die gemeinsame Anstrengung, nach Wegen und Ressourcen zu suchen, unsere Mitgliederzahlen und unsere Organisationskraft stabil zu halten. Auch daher das Projekt „Die IG Metall vom Betrieb aus denken.“ Ich bin guten Mutes, dass das uns gelingt. Wir haben erfolgreiche Jahre hinter uns. Wir sind auf die Herausforderungen der Transformation vorbereitet. Wir wissen wo unsere Stärken sind, aber auch unsere Schwächen, an denen wir arbeiten können. Diese stolze IG Metall, stolz nicht aus Eitelkeit, sondern aus dem Bewusstsein, dass wir diesem Industriekapitalismus immer wieder bessere Arbeits- und Lebensbedingungen abringen konnten.

Dass statt Raubbau an Mensch und Natur, die Würde der Arbeit und das Ringen um ein gutes Leben gesellschaftlichen Fortschritt prägten. Unser IG Metall, wir alle zusammen, werden auch die nächsten Jahre dafür kämpfen, dass wir unserem Ziel einer humanen, solidarischen und vielfältigen Gesellschaft näherkommen.

Für eine Gesellschaft, die die im Gegenwartskapitalismus angelegte Spaltung in Gewinner und Verlierer überwinden muss. Für eine Gesellschaft, in der die gesellschaftliche Übereinkunft und nicht die Gesetze des Marktes die Zukunft bestimmen. Sozial, ökologisch und demokratisch – das ist #fairwandel, das ist IG Metall! Glückauf!